Bundesblatt

72. Jahrgang.

Bern, den 10. März 1920.

Band I.

Erscheint wöchentlich. Preis 20 Franken im Jahr, 10 Franken im Halbjahr, zuzüglich „Nachnahme- und Postbestellungsgebühr“.

Einrückungsgebühr: 50 Rappen die Petitzeile oder deren Raum. — Inserate franko an die Buchdruckerei Stämpfli & Cie. in Bern.

1240

Bericht

des

Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend den
Militärsteuerrekurs von Fürholz, Walter, Fabrik-
arbeiter in Biberist.

(Vom 5. März 1920.)

Wir beehren uns, Ihnen einen von Fürholz, Walter, Fabrik-
arbeiter in Biberist, gegen unsern Entscheid vom 24. Oktober
1919 eingereichten Militärsteuerrekurs mit nachfolgenden Ausführ-
ungen zur Beurteilung zu unterbreiten.

Der Rekurrent Fürholz absolvierte, nachdem er bei der Re-
krutierung um 1 Jahr zurückgestellt worden war, im Jahre 1907
die Rekrutenschule 1/V in Liestal und bestand in der Folge bis
und mit 1912 sämtliche Wiederholungskurse mit seiner Einheit.
Im Wiederholungskurs 1911 wurde er wegen einer vereiterten
Axillardrüse ins Bürgerspital Solothurn evakuiert, wo er vom
27. September bis 25. Oktober in Behandlung stand. Bei der
Mobilmachung 1914 wurde er wegen Bronchitis chronica für zwei
Wochen dispensiert und am 18. August wegen Lungentuberkulose
entlassen und vor die sanitarische Untersuchungskommission ge-
wiesen. Diese erklärte ihn am 24. Oktober 1914, gestützt auf
§ 112, Ziffer 49, der Instruktion über die sanitarische Beurtei-
lung der Wehrpflichtigen dienstuntauglich. Ein Gesuch um Steuer-
befreiung gemäss Art. 2, lit. b, des Bundesgesetzes vom 28. Juni
1878 wurde von der Militärsteuerrekurskommission des Kantons
Solothurn, auf Grund eines Gutachtens der Abteilung für Sanität
des eidgenössischen Militärdepartements am 23. November 1918

abgewiesen. Eine dagegen erhobene Beschwerde wies der Bundesrat in seiner Sitzung vom 24. Oktober 1919 ab.

Diesen Entscheid hat nun Fürholz innert nützlicher Frist an die Bundesversammlung weitergezogen mit dem

Begehren:

Er sei in Anwendung von Art. 2, lit. b, des Militärsteuergesetzes vom Militärflichtersatz zu entheben; eventuell sei festzustellen, dass er in Anbetracht des geleisteten Dienstes nur die Hälfte der gesetzlichen Taxe zu entrichten habe.

Der Rekurrent begründet sein Gesuch um Steuerbefreiung damit, dass sein Lungenleiden mit dem Militärdienst, insbesondere mit dem Wiederholungskurs 1911, in ursächlichem Zusammenhang stehe. Zum Beweise hierfür beruft er sich in der Hauptsache auf folgendes: Drei Tage nach der während des Spitalaufenthaltes in Solothurn 1911 erfolgten Drüsenoperation sei das Fieber höher gestiegen als je zuvor, was darauf schliessen lasse, dass dieses Krankheitssymptom noch durch etwas anderes als die Drüse verursacht worden sei. Nach der Entlassung aus dem Spital, Ende Oktober 1911, habe er die Arbeit wieder aufgenommen, sei aber schon nach sechs Wochen wieder erkrankt. Die vom behandelnden Arzte, Dr. Steiner, festgestellte Affektion der rechten Lunge sei nun jedenfalls nicht in der kurzen Zeit seit der Entlassung aus dem Spital entstanden, sondern rühre ohne Zweifel vom Wiederholungskurs 1911 her. Beim Einrücken in den Wiederholungskurs 1912 sei ihm von Dr. Steiner zuhanden der Truppenärzte eine Bescheinigung ausgestellt worden, dass er 1912 wegen Lungenkrankheit eine Sanatoriumskur von drei Monaten habe machen müssen. Der Bataillonsarzt habe anlässlich der sanitärischen Eintrittsmusterung die Lungenaffektion konstatiert, diese aber als ausgeheilt bezeichnet und deshalb Dienstleistung verfügt. Der Wiederholungskurs 1912 sei dann ohne grosse Beschwerden vorübergegangen. Erst am Tage vor der Entlassung habe er sich wegen Fieber krank gemeldet. Da aber diese Fiebererscheinung nach Ansicht des Arztes keine besorgniserregende war, sei der Krankmeldung keine weitere Folge gegeben worden. Der Rekurrent legt auch ein Zeugnis seines ehemaligen Zugführers, Hauptmann A. Forster, Kommandant der Füsilierkompagnie III/50, vom 8. November 1919 ins Recht, worin bestätigt wird, dass er speziell im Wiederholungskurs 1912 wegen Atembeschwerden habe geschont werden müssen. Eine besondere Rücksichtnahme sei angezeigt gewesen, da man ihn als tuberkuloseverdächtig gehalten habe.

Die Abteilung für Sanität des eidgenössischen Militärdepartements verneinte in ihrem Gutachten vom 26. Februar 1919 das Vorhandensein eines Kausalzusammenhanges zwischen dem Lungenleiden und dem Militärdienst. Fürholz sei vom 27. September bis 25. Oktober 1911 wegen einer Lymphadenitis der rechten Achselhöhle in Solothurn in Spitalbehandlung gestanden. Anhaltspunkte, die einen Zusammenhang dieser Affektion mit der im August 1914 konstatierten Lungentuberkulose annehmen liessen, seien keine gegeben, weder ätiologisch noch im Sinne einer Verschlimmerung.

Mit Rücksicht auf zwei nachträgliche, vom Rekurrenten produzierte Beweismittel, sah sich die eidgenössische Steuerverwaltung veranlasst, eine Aktenergänzung vorzunehmen und zu diesem Zwecke den Fall zur nochmaligen Prüfung der Abteilung für Sanität zu unterbreiten. Am 9. August 1919 erstattete diese folgenden Bericht:

„Wir kommen zurück auf den mit Ihrem Schreiben vom 21. Juli a. c. uns zugestellten Steuerrekurs des Füsilier Fürholz, Walter, Dienstuntauglicher, Fabrikarbeiter in Biberist. Sie betonen in Ihrem Geschätzten vom 21. Juli, dass es — nach dem seither zu den Akten erhobenen Zeugnis des Herrn Dr. Steiner in Solothurn vom 1. September 1912 und dem Rapport über sanitärische Eintrittsmusterung vom 2. September 1912 — Ihres Erachtens durchaus nicht unwahrscheinlich sei, dass das Lungenleiden des Rekurrenten durch Absolvierung des Wiederholungskurses im Jahre 1912 verschlimmert worden sei.

Wir stellten noch einmal, sowohl anhand des D. B. als der Rapporte über sanitärische Eintrittsmusterungen vom Jahre 1911 und 1912 und der diesbezüglichen Krankenverzeichnisse, folgendes fest:

Im Jahre 1911 hat der Regimentswiederholungskurs nur neun Tage gedauert, während welcher Fürholz wegen geschwollener Axillardrüse rechts am 27. November in den Bürgerspital Solothurn evakuiert wurde. Im Jahre 1912 figuriert Fürholz im Rapport über sanitärische Eintrittsmusterung mit der Diagnose abgeheilte Tbc. weshalb Diensttauglichkeit verfügt wurde. Auch im Jahre 1912 während des Wiederholungskurses vom 2.—14. September, also während bloss 13 Tagen hat sich der Mann laut Krankenverzeichnis des Bataillons 51 nie krank gemeldet. Es ist daher um so unwahrscheinlicher, dass eine Dienstdauer von bloss 13 Tagen des Jahres 1912 verschlimmernd auf den Zustand des Fürholz hat einwirken können, noch viel weniger trifft dies für den in Zweisimmen geleisteten Aktivdienst von zwei Tagen zu. Später hat Fürholz laut Dienstbüchlein überhaupt keinen

Dienst mehr getan, und es ist deshalb ein ursächlicher Zusammenhang seines spätern Leidens mit dem angeführten Militärdienst zweifellos ausgeschlossen.“

Für die Befreiung vom Militärpflichtersatz gemäss Art. 2, lit. b, des Bundesgesetzes vom 28. Juni 1878 ist der Nachweis erforderlich, dass der ausgemusterte Wehrpflichtige infolge des Dienstes militäruntauglich geworden ist. Auf Grund der Aktenlage kann dieser Kausalzusammenhang zwischen der Lungenkrankheit des Rekurrenten und dem Militärdienst keineswegs als erstellt erachtet werden.

Da es sich offenbar um ein ausserdienstlich entstandenes Leiden handelt, müsste zur Steuerbefreiung zum mindesten eine ungünstige Beeinflussung der Krankheit durch den Militärdienst glaubhaft gemacht sein. Dies ist nicht der Fall. Nach den Berichten der Sanitätsabteilung ist auch eine Verschlimmerung des Leidens infolge des Dienstes nicht wahrscheinlich. Es fehlen somit die für die Erhebung vom Militärpflichtersatz notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen.

Das erst nach Ausfällung des kantonalen Entscheides mit der Eingabe an die Bundesversammlung zu den Akten gegebene Zeugnis von Hauptmann Forster, Kommandant der Füsilierkompagnie III/50, kann im vorliegenden Verfahren nicht mehr berücksichtigt werden, da die eidgenössischen Beschwerdeinstanzen auf das vor der kantonalen Rekursbehörde vorgebrachte Verhandlungsmaterial beschränkt sind. Da der Attest in diesem Zeitpunkte noch nicht aktenkundig war, blieb er mithin auf die Ausfällung des erstinstanzlichen Entscheides ohne Einfluss und ist deshalb für die Beurteilung der Frage, ob dieser zu überprüfende Entscheid eine Gesetzesverletzung in sich schliesst, irrelevant. Abgesehen von diesen formellen Bedenken kommt diesem Beweismittel aber auch materiell keine Bedeutung zu. Die Abteilung für Sanität des eidgenössischen Militärdepartements, der die Akten mit dem Zeugnis von Hauptmann Forster erneut zur Prüfung des Falles überwiesen wurden, hält nämlich in ihrer Vernehmlassung vom 10. Februar 1920 an ihrem Standpunkte fest, dass auch eine Verschlimmerung der Krankheit durch den Dienst nicht wahrscheinlich sei.

Gegenüber dem Eventualbegehren ist auf Art. 6 des Bundesgesetzes vom 28. Juni 1878 zu verweisen, demzufolge nur Wehrpflichtige, welche vor ihrer Ausmusterung mindestens acht Jahre Dienst getan haben, einen Anspruch auf die Steuerermässigung erwerben. Dies trifft vorliegend nicht zu. Der Rekurrent, der laut Dienstbüchlein 214 Dienstage geleistet hat, wurde im Laufe seines achten Dienstjahres ausgemustert. Nach Wortlaut und Auslegung cit. Artikels kann kein Zweifel bestehen, dass nach

dem Willen des Gesetzgebers nur derjenige Wehrpflichtige, welcher vor seiner Ausmusterung während mindestens acht vollen Jahren den Militärbehörden zur Verfügung gestanden ist, Anspruch auf Steuerermässigung haben soll; auf die effektiv geleisteten Dienstage kommt es nicht an (Entscheide der eidgenössischen Räte vom 29. Oktober 1909/6. Juni 1910, Bundesblatt 1911, I, 695). Es ist somit auch das Eventualbegehren des Rekurrenten als unbegründet abzuweisen.

Aus diesen Erwägungen beehren wir uns, Ihnen zu
beantragen:

„Es sei der Rekurs des Fürholz, Walter als unbegründet abzuweisen.“

Genehmigen Sie die Versicherung unserer vollkommenen Hochachtung.

Bern, den 5. März 1920.

Im Namen der schweiz. Bundesrates
Der Bundespräsident:

Motta.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:
Steiger.

Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend den Militärsteuerrekurs von Fürholz, Walter, Fabrikarbeiter in Biberist. (Vom 5. März 1920.)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1920
Année	
Anno	
Band	1
Volume	
Volume	
Heft	10
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	1240
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	10.03.1920
Date	
Data	
Seite	469-473
Page	
Pagina	
Ref. No	10 027 457

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.